



Winfried Osthorst

**Erste Schritte ins Quartier:
Experimentelle Ansätze der Klimaberatung in
sozial benachteiligten Stadtgebieten
im Projekt „foot:print“**

Befunde der sozialwissenschaftlichen Begleitstudie
zum Projekt „foot:print - 100 CO₂ Fußabdrücke
für ein Quartier im Bremer Westen“ der
Bremer Klimaschutzagentur energiekonsens.

GLOKAL Arbeitspapier zur Nachhaltigkeitspolitik - No. 12, 2019
Workingpaper on Politics of Sustainability - No. 12, 2019

GLOKAL Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik
Working Papers on Politics of Sustainability
Klimapolitik, Stadtentwicklung, Kommunalpolitik, Energiewende
GLOKAL Arbeitspapier Nr. 12

Winfried Osthorst • Erste Schritte ins Quartier: Experimentelle Ansätze zur Klimaberatung in sozial benachteiligten Stadtteilen im Projekt „foot:print“ • Befunde der sozialwissenschaftlichen Begleitstudie zum Projekt „foot:print – 100 CO₂ Fußabdrücke für ein Quartier im Bremer Westen“

**GLOKAL Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik
Working Papers on Politics of Sustainability**

GLOKAL – Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit im Globalen Wandel an der Hochschule Bremen fördert durch seine wissenschaftliche Arbeit die nachhaltige Entwicklung in Kommunen, Regionen, Unternehmen und Verwaltungen und vernetzt Wissenschaft und Praxispartner. Die „Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik“ präsentieren sowohl Befunde aus der Forschungstätigkeit der Mitglieder des Zentrums als auch herausragende Abschlussarbeiten zu diesen Themen, die von Studierenden der Studiengänge „BA Internationaler Studiengang Politikmanagement (ISPM)“ und „MA Politik und Nachhaltigkeit (PoNa)“ erstellt wurden. GLOKAL – Center of Expertise of the University of Applied Science Bremen (USAB) for Sustainability and Global Change is dedicating its scientific capacities on supporting sustainable development of municipalities, regions, enterprises and administrations. Its work aims at linking science and practitioners. The series “Working Papers on Politics of Sustainability” presents results of research activities of the center’s members as well as outstanding theses of students of the international BA program “Political Management (ISPM)” and the MA program “Governing Sustainability” related to these issues.

Autor: Winfried Osthorst

Schriftenreihe GLOKAL Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik / Workingpapers on Politics of Sustainability.

Nr. 12, 2019

ISSN: 2364-3447

Verlag: Hochschule Bremen, ISPM

Bremen, 2019

Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gefördert durch:



Deutsche Bundesstiftung Umwelt
An der Bornau 2
D-49090 Osnabrück



energiekonsens – die Klimaschützer
Am Wall 172
D-28195 Bremen

Auftragnehmer:



Hochschule Bremen
Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit
im Globalen Wandel
Neustadtswall 30
D-28199 Bremen

Inhalt

1. Einleitung: Das Experiment foot:print – Klimaschutz in Stadtteilen kommunizieren.....	5
2. Ansatz der Begleitstudie.....	6
3. Der Kontext: Quartiersbezogener Klimaschutz als Bestandteil integrierter Stadtentwicklung.....	7
4. Der Projektansatz von foot:print.....	11
4.1 Projektziel.....	11
4.2 Die Projektgebiete im Bremer Westen.....	12
4.3 Projektstruktur.....	14
5. Projektverlauf und Projektergebnisse von foot:print.....	15
6. Befunde der Begleitforschung: Diskussion und Handlungsempfehlungen.....	17
7. Literatur:.....	21
8. Quellennachweise der Abbildungen.....	23

1. Einleitung: Das Experiment foot:print – Klimaschutz in Stadtteilen kommunizieren

Mit dem Projekt „foot:print – 100 CO₂-Fußabdrücke für ein Quartier im Bremer Westen“ hat die Bremer Klimaschutzagentur energiekonsens den Versuch unternommen, die Themen Energieeinsparung und Klimaschutz gezielt und gebündelt in Bremer Stadtteilen zu kommunizieren, die aufgrund ihrer Sozialstruktur als benachteiligt gelten und Gegenstand verschiedener Ansätze der Integrierten Stadtentwicklung in Bremen sind. Das Projekt wurde in der Zeit von November 2016 bis Juli 2018 durchgeführt und als Modellvorhaben für die Verbindung von Klimaschutz und Quartiersentwicklung von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Projektgebiete waren die Stadtteile Gröpelingen und Walle im Bremer Westen.

Klimaschutzberatung und –kommunikation ist ein Element der kommunalen Klimapolitik, das entsprechend zum Zuständigkeitsbereich des Umweltressorts gehört – in Bremen dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV). Die seit 1997 bestehende gemeinnützige Klimaschutzagentur energiekonsens hat sich in diesem Aufgabenbereich zu einem ausgewiesenen Kompetenzträger mit einem hinsichtlich Zielgruppen und Fachrichtungen ausdifferenzierten Angebot entwickelt. Mit diesem Profil ist die Agentur ein wichtiger Bestandteil der Bremer Klimapolitik, die auch dessen Außenwahrnehmung mit prägt. Beispielsweise ist die Klimakommunikation auch ein Element, das für die Zertifizierung der Bremer Klimaschutzstrategie durch den European Energy Award (eea®) bedeutsam ist (SUBV 2014a). In seinen methodischen Ansätzen setzt energiekonsens – neben spezifischer, technischer oder fachlicher Expertise - auch stark auf die Vernetzung von Akteuren, die Stärkung von Eigeninitiative und das Erleben von „Selbstwirksamkeit“ im Feld Umwelthandeln.

Mit dieser Ausrichtung weisen die Ansätze der Klimaschutzberatung und Klimakommunikation erhebliche Überschneidungen mit Methoden der Sozialraumentwicklung und der Förderung sozial benachteiligter Gruppen auf. Gleichzeitig werden Anliegen und Ansätze des Klimaschutzes jedoch in der Stadtentwicklungspolitik nicht nur in Hinblick auf die Zuständigkeiten getrennt von anderen Aufgaben organisiert, sondern vor dem Hintergrund fehlender Ressourcen für die Bearbeitung sozialer Probleme auch als nachrangig bewertet oder mit Blick auf Umsetzungskosten für Investitionen sogar als kontraproduktiv¹. Im Rahmen des Projektes foot:print sollten vor diesem Hintergrund erste Erfahrungen gesammelt werden, wie und in welchem Ausmaß die bewährten Arbeitsformen und Methoden der Klimaschutzberatung und Klimakommunikation sich auch in durch soziale Problemlagen und Einwanderung gekennzeichneten Stadtteilen einsetzen lassen und ob sich durch Vernetzung Klimaschutz zum Gegenstand der lokalen Kommunikation machen lässt². Dabei sollte auch erprobt werden, wie unterschiedliche Zielgruppen in diesen Stadtgebieten angesprochen werden müssen und welche Akteure eingebunden werden sollten. Das Projekt kann damit eine Grundlage legen, um die Arbeit von energiekonsens im Bereich der Klimaschutzkommunikation gezielt mit Aufgaben der sozialen Stadtentwicklung zu verbinden.

Die vorliegende Begleitstudie, die als Teil des Projektes ebenfalls durch die DBU gefördert wurde, verfolgt das Ziel, durch den Einsatz von Methoden der Evaluationsforschung die

¹Als Beispiel für eine entsprechende politische Bewertung: Bremische Bürgerschaft 2017

²<https://footprint-bremen.de/ueber-das-projekt/>, Zugriff 19.09.2018.

Erfahrungen aus dem Projekt foot:print auszuwerten und das Wissen über die Verknüpfung kommunaler klimapolitischer Aktivitäten mit anderen Anliegen der Stadtentwicklung, wie beispielsweise der sozialraumorientierten Quartiersentwicklung, zu verbreitern und weiter zu entwickeln. Während der Laufzeit des Projektes hat die Begleitforschung durch Rückmeldung über Zwischenergebnisse in Workshops und Gesprächen die prozessorientierte Reflektion der Projektarbeit unterstützt. Nach Abschluss der Projektarbeit zielt die Auswertung auf Lernprozesse in der konzeptionellen und auch organisatorischen Anlage integrativer, quartierbezogener Ansätze der Klimaschutzberatung und –kommunikation. Die Begleitstudie versteht sich damit ausdrücklich als ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Praxis einer Integrierten Stadtentwicklungspolitik (nicht nur) in Bremen, die auch anspruchsvollen Klimaschutz berücksichtigt.

Im nächsten Abschnitt (Kapitel 2) wird der Ansatz der Begleitforschung vorgestellt und in die Systematik der Evaluationsforschung eingeordnet. Im Kapitel 3 wird der gegenwärtige Stand kommunaler Klimapolitik auf die Konzepte der integrierten Stadtentwicklungspolitik beziehungsweise Quartiersforschung bezogen, um einen Referenzrahmen für die Diskussion der Projektergebnisse zu erhalten. Anschließend werden im Kapitel 4 der Ansatz des Projektes foot:print und das Projektgebiet portraitiert. Im Kapitel 5 werden der Projektverlauf und die Projektergebnisse bewertend dargestellt. Im Kapitel 6 werden die Befunde der Begleitforschung zusammengefasst und Empfehlungen für die Weiterentwicklung quartierbezogener Ansätze der Klimapolitik und ihre Verbindung mit anderen Handlungsansätzen zur Diskussion gestellt.

2. Ansatz der Begleitstudie

Wie bereits ausgeführt war das zentrale Anliegen der Begleitforschung die Unterstützung beim Kompetenzaufbau in einem neuen Tätigkeitsfeld bei energiekonsens und im Kooperationsfeld der kommunalen Klimapolitik und ihrer Institutionen (also auch den städtischen Behörden und der HSB selbst als regionaler wissenschaftlicher Einrichtung) auch über den Projektzeitraum hinaus, nicht jedoch eine Evaluation von foot:print im Sinne einer Erfolgskontrolle. Die Begleitstudie sollte deshalb *erstens* prozessorientiert Erkenntnisse erbringen, die bereits im Projektverlauf für die Projektarbeit nutzbar sein sollten, und *zweitens* die Erfahrungen des Projektes in Hinblick auf die Verbindung von Klimaschutzaktivitäten, Quartiersentwicklung und Integrierter Stadtentwicklungsplanung auswerten.

Der Studie liegt damit ein Verständnis von Evaluation als angewandter Sozialforschung zugrunde, „*die besondere Forschungsbedingungen zu berücksichtigen hat und ein spezifisches Erkenntnis- und Verwertungsinteresse hat, bei dem der Nutzen der Evaluationsergebnisse für die `Praxis` im Vordergrund steht*“ (Stockmann 2004: 11).

Mit ihrer Anlage verbindet die Begleitstudie aus Sicht der Evaluationsforschung als externe Evaluation die Beobachtung von Durchführungsprozessen (on-going Evaluation) mit der Untersuchung der Wirksamkeit der Maßnahmen (ex-post Evaluation). In Hinblick auf die on-going Evaluation soll die Begleitstudie ausdrücklich formativ angelegt sein, also konstruktiv und prozessorientiert Erkenntnisse erarbeiten, die bereits im Projektverlauf für konzeptionelle und operative Anpassungen zwischen den Arbeitsphasen in den ausgewählten Quartieren genutzt werden können, und dialogisch Lernprozesse zwischen dem Projektteam von energiekonsens und den Mitwirkenden der Hochschule ermöglichen.

In Hinblick auf die ex-post Dimension der Evaluation steht die summative Orientierung auf "science for know-ledge" im Vordergrund (vgl. Stockmann 2002: 16ff.), wobei weniger die Wirkung implementierter Maßnahmen als vielmehr die Weiterentwicklung des Arbeitsgebietes bzw. der sinnvollen Verbindung der Arbeit der Klimaberatung mit anderen sektoralen Ansätzen der quartiersbezogenen Stadtentwicklung angesprochen wird. Die Begleitstudie stellt damit aus dem Spektrum möglicher Ziele von Evaluationen die Erkenntnisdimension und die Lerndimension in den Vordergrund, während die Kontrolldimension (also z.B. Erkenntnisse über Aufgabenerfüllung) nur eine untergeordnete Relevanz hat (Stockmann 2004: 4ff).

Dem Ziel der Begleitstudie entsprechend wird die Arbeit methodisch als Kombination unterschiedlicher Instrumente angelegt (Multimethodenansatz, ebenda: 15f.). Die folgenden Elemente waren vorgesehen:

- 1 Die Aufarbeitung des aktuellen Forschungsstandes in den Feldern *Nachhaltiger Konsum (im Energiebereich)* und *Quartiersentwicklung als Element der nachhaltigen Stadtentwicklung* für die fachliche Diskussion. Beabsichtigt war die Ausschreibung von projektbezogenen Abschlussarbeiten in den Studiengängen „MA Politik und Nachhaltigkeit“ und „BA Internationaler Studiengang Politikmanagement“ der Hochschule Bremen, auf die sich jedoch keine Studierenden beworben haben.
- 2 Ein kontinuierlicher, die Projektarbeit und den Projektansatz reflektierender Fachdialog der Projektteams von energiekonsens und der HSB durch Arbeitsbesprechungen im Projektverlauf (Expertengespräche) sowie die Teilnahme an Veranstaltungen von foot:print (teilnehmende Beobachtung, Gruppendiskussionen mit Zielgruppenangehörigen).
- 3 Eine von der HSB durchzuführende und auszuwertende standardisierte Befragung der beteiligten ProjektteilnehmerInnen, die jeweils kurz nach den Aktionszeiträumen in den beiden Stadtteilen Walle und Gröpelingen durchgeführt und noch im Projektverlauf ausgewertet werden sollte, um für die Verbesserung der Projektarbeit genutzt zu werden. Zusätzlich sollte nach Projektabschluss eine knappe standardisierte schriftliche Befragung der ProjektteilnehmerInnen durchgeführt werden.
- 4 Die Ergebnisse der Begleitstudie sollen - wie vorliegend - als Working Paper des Forschungszentrums GLOKAL der HSB aufbereitet und online veröffentlicht werden (<http://www.ispm-bremen.de/forschung/arbeitspapiere-glokal/>).

3. Der Kontext: Quartiersbezogener Klimaschutz als Bestandteil integrierter Stadtentwicklung

Die klimapolitischen Ziele, die sich Deutschland als Teil seiner internationalen Verpflichtungen und globalen Verantwortung gesetzt hat, werden inzwischen von fast allen Städten und Gemeinden in eigene Konzepte und Aktivitäten überführt (DST 2011). Die Verwirklichung klimapolitischer Ziele ist gegenwärtig *eine* der zentralen Herausforderungen auf kommunaler Ebene, aber eben nicht die einzige: insbesondere soziale Integration, Bildung, Wohnungsbau, Investitionen in die Infrastrukturen, Digitalisierung und wirtschaftliche Innovationsfähigkeit haben ebenfalls eine sehr hohe Priorität.

Die Verwirklichung der „*Vision einer CO2-neutralen, energie- und ressourceneffizienten ... Stadt der Zukunft*“ (BMBF 2015: 3) ist deshalb nur als Teil einer integrierten Entwicklung möglich, in der Klimaschutz in die Verwirklichung anderer sozialer, ökologischer und

ökonomischer Ziele eingebunden wird. Mit Blick auf die Rollen und Kompetenzen der Kommunen kommt der Stadtentwicklungsplanung beim Klimaschutz eine prominente Rolle zu, da sie gleichzeitig einen raumbezogenen Ansatz und eine gesellschaftliche Plattform für die Einbeziehung von Akteuren und Gruppen darstellt, die zudem auch die konkrete Bündelung verschiedener sektoraler Ansätze erlaubt (DST 2011: 2ff.).

Allerdings ist die kommunale Klimapolitik auch von tiefgreifenden Spannungen gekennzeichnet: während eine konsequente Verwirklichung der Klimaziele (auch der einzelner Kommunen) offensichtlich eine Abkehr von ressourcenintensiven Lebensstilen und wachstumsorientierter Ökonomie hin zu suffizienzorientierten Strukturen nötig machen würde (ebenda: 3), bedingen die standortpolitischen Erfordernisse der Kommunen eine kompetitive und wachstumsorientierte Ausrichtung auf Gewerbe, Handel und Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen. Auch zur Begrenzung von politischen Konflikten haben sich viele Kommunen in ihren klimapolitischen Aktivitäten lange auf weiche Maßnahmen, Freiwilligkeit und ihre eigenen Tätigkeitsbereiche beschränkt, planerische Instrumente mit regulativer oder distributiver Außenwirkung dagegen nur sehr begrenzt eingesetzt (Bulkeley, Kern 2006). Zudem ist die Relevanz kommunaler Aktivitäten für individuelle Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger im Bereich Konsum und Lebensstilen sehr gering. Im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen hat sich der Einfluss der Kommunen durch Liberalisierungen und Privatisierungen in den letzten 25 Jahren reduziert (Hodson, Marvin 2010). Gleichwohl haben sich – nicht zuletzt unter dem Einfluss europäischer und nationaler Foren und Förderprogramme im Bereich der Klimapolitik – die konzeptionellen Grundlagen eines städtischen „strategischen Carbon-Managements“ entwickelt (Betshill, Bulkeley 2013), dass konsequent an den globalen Klimazielen orientiert Maßnahmen für alle relevanten Handlungsfelder vorsieht. Dabei werden explizit auch die bislang weniger beachteten Felder Mobilität und Wärmeenergienutzung systematischer und strategischer als Sektoren angesprochen (z.B. Riechel et al. 2016).

In den Kommunen gewinnt vor diesem Hintergrund die systematische Einbindung klimapolitischer bzw. in einem umfassenderen Sinne nachhaltigkeitsorientierter Ziele in die Stadtentwicklungsplanung an neuer Aktualität, während gleichzeitig auch die Bearbeitung anderer gesellschaftlicher Probleme nach politischer Aufmerksamkeit, Personal, Finanzmittel und in den Städten knappen Flächen verlangen.

Aktuell bedeutsam sind hier vor allem die Versorgung und Integration einer großen Zahl von Migrantinnen und Migranten, die sich insbesondere in größeren Städten verschärfenden Ungleichheiten zwischen Stadtgebieten, der krisenhafte Bedarf an bezahlbarem Wohnraum sowie die Überalterung kommunaler Infrastrukturen und Gebäude als Folge von Haushaltsnotlagen. Aus Perspektive der kommunalen Klimapolitik müssen die sich bei Maßnahmen in diesen Bereichen in diesen Jahren ergeben Chancen für die Verwirklichung energetisch anspruchsvoller und – gemessen am Ziel der Klimaneutralität (s.o.) – zukunftsfähiger Lösungen z.B. bei Schulsanierungen oder Wohnungsbauprojekten dringend genutzt werden, um nicht neue, bereits in wenigen Jahren wieder veraltete Strukturen zu schaffen. Neben Zielkonflikten beim Einsatz knapper Ressourcen erweist sich hier auch die Zuständigkeit verschiedener Verwaltungen mit teilweise konträren Handlungsorientierungen als Herausforderung.

Einen wichtigen Ansatz, um Themen miteinander zu verbinden, können quartiersbezogene Aktivitäten darstellen. Quartierskonzepte haben in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen eine starke Beachtung erfahren, da sie einen konkreten Gebietsbezug aufweisen, der es erlaubt, energetische Aspekte mit anderen Belangen wie der

Infrastruktur, vorherrschenden sozialen Lagen und sozialen Beziehungen zu verbinden (DST 2011: 7ff.). Eine Ausrichtung klimapolitischer Ansätze auf das Quartier schließt damit an bedeutende konzeptuelle Entwicklungen in anderen Themenfeldern an, insbesondere in der sozialen Arbeit und in der sozialpolitischen Adressierung aggregierter sozialer Problemlagen (Schnur 2014).

Als Konzept ist „Quartier“ allerdings keineswegs eindeutig bestimmt; es lässt sich insbesondere nicht anhand von Strukturmerkmalen wie Fläche oder Einwohnerzahl definieren. In Bezug auf die räumliche Größenordnung werden Quartiere zwischen Gebäude und Stadtteil beziehungsweise Gesamtstadt verortet. In Bezug auf die Lebensrealität der Bewohnerinnen und Bewohner betont die Quartiersforschung für einen überschaubaren Raum die Dichte nachbarschaftlicher Kommunikation und Beziehungen, die örtliche Bündelung städtischer Funktionen wie Wohnen, Nahraumversorgung, Dienstleistungen und Mobilität, sowie die Bedeutung für die Identität. Gleichzeitig entwickeln verschiedene Fachdisziplinen ein Verständnis von Quartiersbezügen, das sich auf unterschiedliche Aspekte bezieht. *Schnur* (2014: 39ff.) unterscheidet hier u.a. infrastrukturorientierte Ansätze (die etwa auch für klimapolitisch relevante Energiesysteme bedeutsam sind) von solchen der sozialen Arbeit, die insbesondere auf die Lebensumständen von Adressaten sozialer Unterstützungen zielen. Besondere Schnittmengen lassen sich erkennen zwischen den staatlichen Programmen zum sozialen Stadtumbau (z.B. Soziale Stadt) und Fachdiskursen, die an Sozialkapital und dem Empowerment benachteiligter Gruppen interessiert sind. Nur zum Teil sind Quartiere auch als Einheiten für das politisch-administrative System verortbar, so dass sich Fragen der Herstellung kollektiver Handlungsfähigkeit und der Abstimmung staatlicher, zivilgesellschaftlicher und privater Aktivitäten für den konkreten Raum stellen. Quartiere werden damit auch zum Gegenstand der Governanceforschung, die für solche Steuerungs- und Koordinierungsprobleme die angemessene Verbindung von gesellschaftlicher Selbstorganisation und Einbindung in formelle Strukturen des politischen Systems thematisiert (ebenda: 30f.)

Klimapolitische Aktivitäten beziehen sich auf verschiedene Weise auf die Quartiersebene: *Erstens* entwickeln sich zunehmend eine ausdifferenzierte Fachlichkeit quartiersbezogener Energiekonzepte sowie die Institutionalisierung von entsprechenden Forschungs- und Bundes- oder Landesförderprogrammen. Technisch-fachlich wird verstärkt auf die Potentiale innovativer Wärmeversorgungskonzepte (z.B. geothermiebasierte Nahwärmenetze), der Koppelung verschiedener Energiesysteme (Sektorkoppelung) sowie gebäudeübergreifender und gebietsbezogener Sanierungsvorhaben abgestellt (Rohrig et al. 2016). Neben der Bedeutung einer entsprechenden Gestaltung von Neubauquartieren sind aufgrund ihrer quantitativen Dominanz und aufgrund der in ihnen gebundenen Ressourcen der Umbau und die energetische Optimierung von Bestandsstrukturen zentral (DST 2011: 7). Als entscheidende Institutionalisierung eines neuen (Teil)Politikfeldes der gebietsbezogenen „Wärmewende“ ist das 2011 begonnene Bundesprogramm „Energetische Stadtsanierung“ anzusehen, das mit einer klimaschutzorientierten Novellierung des Baugesetzbuches³ einherging (BMUB 2017a, 2017b, 2017c; DST 2011). Um das Ziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 zu erreichen, soll die Sanierungsrate auf ca. 2% des Bestandes verdoppelt werden, als Steuerungsansatz wird auf eine ökonomisch verantwortbare Regulierung durch Standards und die Förderung der freiwilligen,

³BauGB-Novelle 2011 (Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509)

technologieneutralen Übererfüllung durch KfW Programme gesetzt. Hier zielt das neue KfW-Programm 432 (Energetische Stadtsanierung) explizit auf die Kommunen und kommunale Einrichtungen als Akteure, die quartiersbezogene Vorhaben initiieren und tragen müssen. Im Rahmen des Programms und seiner Begleitforschung⁴ hat sich inzwischen eine breite Praxis quartiersbezogener energetischer Sanierungsprojekte und von Umsetzungskompetenzen entwickelt (BMUB 2017b, 2017c; Riechel et. al. 2016). Zusätzlich haben auch Initiativen von Ländern die Orientierung auf Quartiere deutlich gefördert, z.B. das Förderprogramm 100-Klimaschutzsiedlungen in Nordrhein-Westfalen⁵ (für Neubaugebiete, Energieagentur NRW 2011) und die Förderung von Quartierskonzepten des Landes Niedersachsen, das die KfW-Förderung aufstockt und auch eine fachliche Praxis der Ausweisung von Sanierungsgebieten (§§ 136 ff BauGB) entwickelt hat, was die steuerliche Abzugsfähigkeit energetischer Investitionen bis zu 100 Prozent ermöglicht (NMSGG 2014: 30ff.).

Zweitens wird gerade in größeren Städten und bei der Entwicklung gebietsbezogener Konzepte deutlich, dass Klimaschutz nicht isoliert von anderen Herausforderungen der Stadtentwicklung gedacht werden kann. Da sich soziale Probleme innerhalb von Ballungsräumen besonders in den Kernstädten und innerhalb dieser Städte in einzelnen Stadtteilen konzentrieren, entwickelt sich für größere Städte der Umgang mit sozialer Ungleichheit und räumlicher Segregation zu einem Schlüsselthema für die Bewahrung von Lebensqualität (Helbig, Jähnen 2018; Holtmann et al. 2017). Vor diesem Hintergrund fokussieren sich in Städten verschiedene Programme der EU (z.B. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, EFRE) und des Bundes (z.B. Soziale Stadt, Stadtumbau Ost bzw. West) sowie kommunale Ansätze der Gebiets- und Quartiersentwicklung auf die Stadtteile, in denen soziale Probleme und Benachteiligungen anteilmäßig überdurchschnittlich stark ausgeprägt sind. Die von diesen Programmen und Projekten geförderten Maßnahmen und (nicht nur) baulichen Investitionen stellen aus Sicht des Klimaschutzes eine Gelegenheit zu Integration anspruchsvoller energetischer Standard dar, bedingen gleichzeitig aber auch eine Anpassung an die hierdurch vorgegebenen Förderbedingungen und Projektlaufzeiten. Da in ärmeren Stadtteilen im Durchschnitt die Bausubstanz einen niedrigeren Standard aufweist, besteht hier zudem ein vergleichsweise höherer Bedarf auch an energetischen Verbesserungen bei gleichzeitig besonders knappen Mitteln. Die soziale Lage stellt auch für Maßnahmen z.B. von Vermietern und Wohnungsgesellschaften eine Restriktion dar, da energetische Sanierungen nach wie vor als nicht vollständig warmmietenneutral umsetzbar gelten. Hier ist festzuhalten, dass einerseits ärmere Bevölkerungsgruppen gegenüber zusätzlichen Treibern von Mietsteigerungen besonders sensibel sind (Riechel et al. 2016: 6), andererseits Heizkostenerhebungen zeigen, dass in energetisch schlechteren Gebäuden und Wohnungen besonders hohe CO₂ Einsparpotentiale⁶ bestehen und die Heizkosten für die Haushalte durchschnittlich doppelt so hoch sind wie in energetisch optimierten Gebäuden (CO₂-online 2018).

Sozial schwache Stadtteile haben aufgrund ihres Mietniveaus und als Folge der Bildung ethnisch geprägter sozialer Infrastrukturen oft besonders hohe Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund. Zwar liegen über entsprechende Einstellungen dieser Gruppe nur wenige systematische Befunde vor, jedoch wird regelmäßig davon ausgegangen, dass aufgrund ihrer durchschnittlich schwierigeren sozialen Lage, ihres im Durchschnitt

⁴<https://www.energetische-stadtsanierung.info/begleitforschung/> (Zugriff 13.09.2018)

⁵https://www.energieagentur.nrw/gebaeude/klimaschutzsiedlungen/broschueren_klimaschutzsiedlungen (Zugriff 13.09.2018)

⁶Das Portal CO₂-online geht auf der Basis haushaltsbezogener Energiekosten davon aus, dass sich der CO₂ Ausstoß im Bereich Wärme halbieren ließe, wenn die weniger effiziente Hälfte aller Gebäude saniert würde (CO₂ online 2018)

geringeren Bildungsniveaus, auch aufgrund kultureller Faktoren und zum Teil aufgrund von Sprachbarrieren Klimaschutzaktivitäten für sie nur eine begrenzte Relevanz besitzen (als Ausnahme und differenzierend: Hunecke, Toprak 2014; Nies et al. 2015). Vor diesem Hintergrund stehen gebietsbezogene kommunale Klimaschutzaktivitäten in sozial benachteiligten Stadtteilen nicht nur vor der Herausforderung, besonders sensibel und auch innovativ der Gefahr negativer sozialer Folgen von Klimaschutzinvestitionen zu begegnen, sondern auch die Kommunikation über den Klimaschutz und über die für ihn notwendigen Praktiken als gesellschaftliches Ziel auf neue Zielgruppen auszuweiten. Diese Aufgabe erfordert eine langfristige und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Personen, Verbänden und Institutionen, die für die Zielgruppen relevant sind. In Abhängigkeit von konkreten Gegebenheiten ist zudem zu entscheiden, ob eine Ausrichtung auf ein Quartier oder auf die Netzwerke und relevanten Akteure einer bestimmten migrantischen Community sinnvoll sein können. In der praktischen Ausrichtung der Klimakommunikation wird eine Chance darin gesehen, gerade bei ärmeren Haushalten über die Beratung energiesparende Verhaltensänderungen und die Nutzung energieeffizienterer Geräte mit einer spürbaren Senkung von Energiekosten zu verbinden, die auch zur Vermeidung von Energiearmut beiträgt (Nies et al. 2015).

Insgesamt gelten als zentrale Anforderungen an Quartiersprojekte neben planerischen und konzeptionellen Anforderungen auch die Abstimmung auf die Gegebenheiten des konkreten Gebietes, die Einbindung der relevanten Akteure, und die Mitwirkungsbereitschaft der betroffenen Eigentümer. Auch wird die Notwendigkeit betont, Quartierskonzepte mit Gesamtkonzepten abzustimmen und z.B. geeignete Quartiere strategisch auszuwählen (NMSGG 2014: 30ff.). Eine Herausforderung besteht gleichzeitig darin, die Lücken in der „klimaschutzpolitischen Verantwortungskette“ zwischen einer Orientierung von lokalen Akteuren an kurz- und mittelfristiger Machbarkeit und einer gesamtstädtischen, langfristigen strategischen Ausrichtung des Klimamanagements an den globalen Klimaschutzzielen durch Verständigungsarbeit zu schließen (Riechel 2016: 93). Insbesondere im Falle sozial benachteiligter Quartiere werden Klimaschutzaktivitäten konsequent die besonderen Anforderungen dieser Gebiete (z.B. die Mietpreissensibilität) berücksichtigen und Klimaschutz als integrierten Bestandteil sozialraumorientierter Entwicklungsarbeit konzipieren müssen.

4. Der Projektansatz von foot:print

4.1 Projektziel

Kern des Projektes foot:print war, von sozialraumbezogenen Ansätzen der Quartiersforschung ausgehend verschiedene Methoden der Umweltkommunikation und Umweltbildung in benachteiligten Stadtquartieren gebündelt zu erproben, um Klimaschutz in diesen Gebieten zum Gespräch werden zu lassen, die Einwohnerinnen und Einwohner in verschiedenen Lebenssituationen anzusprechen und erfolgreich zur Umsetzung von Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen zu motivieren und zu befähigen. Das Projekt zielte damit ausdrücklich auf die Anpassung des bestehenden Instrumentariums auf die Bedürfnisse der ausgewählten benachteiligten Stadtteile und die Weiterentwicklung des bestehenden Instrumentariums der Klimaschutzberatung.

Die vorgesehene Projektlaufzeit betrug 18 Monate. Das Projekt wurde von der Deutschen Bundestiftung Umwelt (DBU) gefördert, wobei energiekonsens einen Eigenanteil am

Projekthaushalt von 30% der Kosten getragen hat. Ein Bestandteil der Förderung war die, im Umfang begrenzte, sozialwissenschaftliche Begleitstudie.

4.2 Die Projektgebiete im Bremer Westen

Das Projekt foot:print hat sich räumlich auf die im Bremer Westen gelegenen benachbarten Stadtteile *Gröpelingen* und *Walle* fokussiert, die in unterschiedlichem Maße als benachteiligt gelten. Das Projekt richtet sich damit auf ein Gebiet, das aufgrund seiner Situation bereits seit längerem auch Gegenstand zahlreicher Handlungsansätze und Strategien ist. 2009 wurde das integrierte Leitbild der Stadtentwicklung „Bremen! lebenswert – urban – vernetzt“ beschlossenen (SUBVE 2009); die Koalitionsverträge von SPD und Grünen aus den Jahren 2011 (SPD, Grüne 2011: 31f.) und 2015 (SPD, Grüne 2015) enthielten ebenfalls jeweils Abschnitte, die für den Bremer Westen Maßnahmen vorsehen. In der Folge wurde ab 2013 das „Projektorientierte Handlungsprogramm für den Bremer Westen“ (POP) (Freie Hansestadt Bremen 2014) entwickelt, das Schlüsselprojekte für die Entwicklung von Walle und Gröpelingen formuliert. Als zentral können aktuell außerdem die Integrierten Entwicklungskonzepte (IEK) Gröpelingen (SUBV 2014b) und Walle (SUBV 2015) gelten, die die Grundlage für den Einsatz von Fördermitteln der Städtebauförderung (in Gröpelingen insbesondere Soziale Stadt, Stadtumbau West und Städtebaulicher Denkmalschutz, in Walle „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“) und des EFRE (nur Gröpelingen) für den Umsetzungszeitraum 2014 bis 2020 bilden und Maßnahmenvorschläge formulieren. Zusätzlich ist Gröpelingen auch Projektgebiet des Bremer Quartierentwicklungsprogramms „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN) (SUBV 2013), das für gegenwärtig 15 benachteiligte Bremer Stadtgebiete zusätzliche Ressourcen, Projektstrukturen und Personal vorsieht⁷.

Gröpelingen hatte zum 31.12.2015 in seinen fünf Ortsteilen eine Bevölkerung von 36.561 Einwohnerinnen und Einwohnern, von denen 17.608 einen Migrationshintergrund hatten. 18.961 Haushalte leben in 17.585 Wohnungen, von denen ca. 12.100 in Mehrfamilienhäusern (insbesondere von Wohnungsgesellschaften) und 5.482 in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern vorhanden waren. Dabei bestehen auch räumlich deutliche Unterschiede zwischen Gebieten in der Größenordnung mehrerer Straßenzüge, die entweder durch Mehrfamilienhäuser im Besitz von Wohnungsgesellschaften oder durch kleinere Reihenhäuser mit einer oder zwei Wohnungen in kleinteiliger Besitzstruktur geprägt sind („Bremer Haus“). Hervorzuheben ist, dass im Ortsteil Ohlenhof ein größeres, überwiegend durch das KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ geförderte Sanierungskonzept entwickelt wurde, das auch anspruchsvolle Klimaschutzziele einbezogen und durch EFH/ZFH wie durch Mehrfamilienhäuser geprägte Areale umfasst hat⁸.

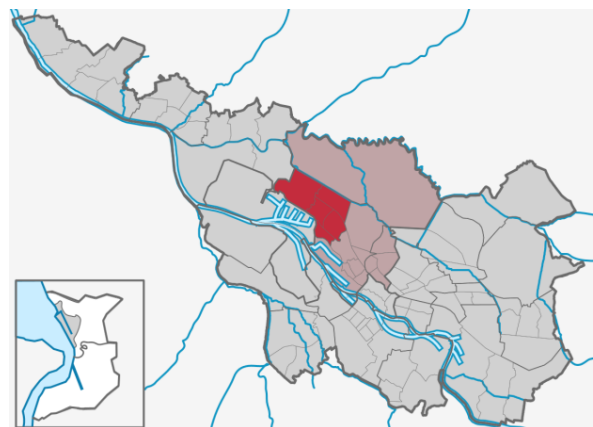


Abbildung 1: Lage Gröpelingens im Stadtgebiet von Bremen (Quelle: Wikipedia)

⁷<https://www.soziales.bremen.de/detail.php?gsid=bremen69.c.2891.de>, Zugriff am 16.09.2018.

⁸Zu Details siehe: SUBV 2016: 33. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgte nur partiell im Bestand der BREBAU. Das Sanierungskonzept Ohlenhof wurde in die wissenschaftliche Untersuchung von integrierten energetischen Quartierskonzepten durch das Bmbf-geförderte Projekte „TransStadt“ als Modelvorhaben einbezogen (vgl. Riechel et al. 2016).

Der durchschnittliche Wohnraum pro Person betrug 33,52 qm⁹. Die Sozialstruktur ist durch eine ausgeprägte Präsenz migrantischer, insbesondere türkischstämmiger Milieus geprägt. Die gute interne Vernetzung und infrastrukturelle Ausstattung verschiedener Milieus ermöglichen einen Alltag ohne Deutschkenntnisse. Das IEK Gröpelingen konstatiert, dass in diesem Stadtteil die Überlagerung von sozialer und ethnischer Segregation besonders ausgeprägt ist und sich die ethnische Entmischung weiter verstärkt (SUBV 2014b: 10ff.). Die soziale Lage portraitiert das IEK Gröpelingen als in Hinblick auf die Teilhabe an Bildung und Beschäftigung in hohem Maße benachteiligt: Es bestehe ein großer Rückstand bei nahezu allen einschlägigen Kennzahlen zu Bildung und Berufseinstieg sowie eine verfestigte überdurchschnittliche Langzeitarbeitslosigkeit und geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen. Über 50% der Gröpelinger Kinder weisen ein Jahr vor der Einschulung Sprachförderbedarf auf (Stadt: 32%) und „in der vierten Klasse erfüllen lediglich 12 % der Kinder das Leistungskriterium“ (Stadt: 36 %) (ebenda: 14). Die Einkommen der Erwerbstätigen lagen bereits 2007 um ein Drittel unter dem städtischen Durchschnitt und waren die mit Abstand niedrigsten aller Stadtteile. 26,4% aller Haushalte bezogen 2012 als Bedarfsgemeinschaft Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (ebenda: 15; zum 31.12.2015: 28,23 %¹⁰). Die Qualität der Angebote von Handel und Dienstleistungen seien zurückgehend und durch Trading-Down Effekte vor allem aufgrund weit unterdurchschnittlicher und anhaltend rückläufiger Wirtschaftskraft charakterisiert. Baulich ist der Stadtteil durch einen hohen Anteil an Altbauten (errichtet vor 1949, 58% im Vergleich zu 32% stadtwweit) gekennzeichnet (SUBV 2014b: 8).

Walle hatte zum 31.12.2015 in seinen sieben Ortsteilen eine Bevölkerung von 28.997 Einwohnerinnen und Einwohner, von denen 10.003 einen Migrationshintergrund hatten. 16.885 Haushalte leben in 15.586 Wohnungen, von denen ca. 9.250 in Mehrfamilienhäusern (insbesondere von Wohnungsgesellschaften) und 5.610 in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern vorhanden waren. Der durchschnittliche Wohnraum pro Person betrug 38,66 qm¹¹. Das IEK Walle (SUBV 2015) charakterisiert den Stadtteil als besonders dicht besiedelt, multikulturell geprägt und sozial gemischt. Er enthält intakte Wohnquartiere mit relativ guter Bausubstanz (z.B. einem großen Bestand an Alt-Bremer-Häusern) und urbanen Qualitäten mit einem differenzierten und leistungsfähigen Handels- und Dienstleistungsspektrum. Die sozialen Probleme sind gemessen am stadtwweiten Mittel überdurchschnittlich: 16,8% aller Haushalte bezogen 2012 als Bedarfsgemeinschaft Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (Stadt: 12,8%; ebenda: 45; Walle zum 31.12.2015: 16,32 %¹²).

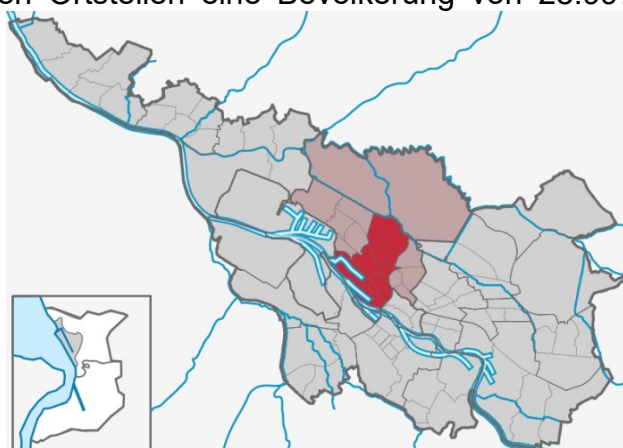


Abbildung 2: Lage von Walle im Stadtgebiet von Bremen (Quelle: Wikipedia)

Die beiden Stadtteile unterscheiden sich damit in ihrem sozialen Profil deutlich und bieten unterschiedliche Anknüpfungspunkte und Herausforderungen für die Verbindung von

⁹Alle Daten mit Stand vom 31.12.2015 aus http://www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/stadt_ottab/144.htm#bild2, Zugriff am 16.09.2018.

¹⁰http://www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/stadt_ottab/144.htm#bild2, Zugriff am 16.09.2018.

¹¹Alle Daten mit Stand vom 31.12.2015 aus http://www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/stadt_ottab/143.htm#bild2, Zugriff am 16.09.2018

¹²http://www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/stadt_ottab/143.htm#bild2, Zugriff am 16.09.2018

Klimaschutzaktivitäten mit Anliegen der integrierten Stadtentwicklung. Dabei ist jedoch ausdrücklich festzuhalten, dass trotz der Grundannahmen (z.B. hinsichtlich eines auch in energetischer Hinsicht schlechteren Gebäudebestandes) nicht von einem insgesamt höheren Handlungsdruck in Blick auf CO₂ Konsum und weitere nachhaltigkeitsrelevante Aspekte auszugehen ist – im Gegenteil: Als Folge der in beiden Stadtteilen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Bremens geringeren durchschnittlichen Wohnfläche pro Person (-18% in Gröpelingen, -5,45% in Walle¹³) ist auch ein insgesamt geringerer wohnungsbezogener Energiekonsum pro Einwohner bzw. pro Haushalt zu erwarten. Auch hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens zeigt sich, dass der Stadtbezirk West – der beide hier angesprochene Stadtteile einschließt - eine deutlich überdurchschnittliche Nutzung von ÖPNV, Rad und Fußwegen aufweist (insgesamt 72% der Verkehrsleistung im Vergleich zu 60% im städtischen Durchschnitt) und eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit PKW (58% der Haushalte im Vergleich zu 71% (Stadt Bremen); 0,66 PKW je Haushalt im Vergleich zu 0,86 PKW je Haushalt im städtischen Durchschnitt) (alle Zahlen aus SUBV 2014c: 32).

4.3 Projektstruktur

Der zentrale Ansatz des Projektes war, durch eine Bündelung von bestehenden und fachlich bewährten Beratungsangeboten für unterschiedliche Zielgruppen in den Projektgebieten *„Klimaschutz im Stadtteil zum Gespräch werden zu lassen und die Menschen über ihre verschiedenen Lebenssituationen hinweg zu erreichen“* (Energiekonsens 2016: 1). Neben einer Steigerung der Selbstwirksamkeit der Menschen im Quartier wurde auch die konkrete Energieeinsparung durch die Umsetzung von Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen sowie durch Konsum- und Verhaltensänderungen angestrebt. Als „Narrativ“ sollten CO₂-Fußabdrücke genutzt werden, die für 100 angestrebte Projektteilnehmende ermittelt, zum Gegenstand von Beratung und zum Projektende überprüft werden sollten. Inhaltlich sollte die Ermittlung von CO₂-Fußabdrücken und die Beratung die Bereiche (Handlungsfelder) Gebäudenutzung (Wärme, Elektrizität, Wasser¹⁴) und – pauschalisierter – Mobilität und Konsum (Papier, Lebensmittel, Kleidung, Geräte) ansprechen (BEKS 2018). In der ersten Phase des Projektes sollten zunächst die Einsparpotenziale der Projektteilnehmenden analysiert werden. In der zweiten Phase sollte die zielgruppenspezifische Ansprache und intensive Umsetzungsbegleitung erfolgen, in der die CO₂-Berater mit dem koordinierend und vernetzend arbeitenden Projektteam von energiekonsens zusammenarbeiten.

Die folgenden Angebote für konkrete Zielgruppen waren vorgesehen: Für Institutionen (z.B. Kitas, Schulen, Sportvereine oder Jugendfreizeiteinrichtungen) sollten Workshops zum Nutzerverhalten und Fördermittel aus dem Klimafonds organisiert werden. Für Wohngebäude und ihre BewohnerInnen (gleichermaßen MieterInnen und HausbesitzerInnen) waren haushalts- und verhaltensbezogene Energiesparhilfen, auf Vernetzung zielende Energiesparcafés sowie Detailberatung (z.B. über Sanierungsmaßnahmen und Förderprogramme) und die Vergabe von Prämien und Mikrokrediten vorgesehen. Für Unternehmen und ihre MitarbeiterInnen waren

¹³Vergleich der Daten für Gröpelingen (Fußnote 9) und Walle (Fußnote 11) zur durchschnittlichen Wohnfläche in Bremen - Verhältnis von Gesamtwohnfläche zu Gesamtbevölkerung in der Stadt Bremen: 40,89qm; Wohnfläche in Bremen 2017: 23225200qm, http://www.statistik-bremen.de/aktuelle_statistiken/05e.htm (Zugriff am 15.11.2018). Bevölkerungsstand in Bremen zum 31.12.2017: 568.006 Einwohner, http://www.statistik-bremen.de/bremendat/abfrage_resultat.cfm?tabelle=17345&titelname=Bremen%20Infosystem&netscape=ja (Zugriff am 15.11.2018)

¹⁴Wasser wird nicht wegen seiner Klimarelevanz, sondern als bedeutende und auch hinsichtlich der Kosten für die NutzerInnen relevante Ressource angesprochen.

technologiespezifische Beratungsangebote („Energievisiten“), Umsetzungscoaching und Investitionszuschüsse, Qualifizierungsangebote sowie die Einbindung von Kunden/Kundinnen sowie von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen geplant. Zusätzlich war jeweils für Gröpelingen und Walle Kommunikations- und Netzwerkarbeit im Quartier durch ein mit den Akteuren aus dem Quartier erarbeitetes Rahmenprogramm mit Fachveranstaltungen beabsichtigt. In beiden Stadtteilen sollte ein Ladelokal temporär als Veranstaltungsort und Anlaufstelle eingerichtet werden. Die Projektaktivitäten in den beiden Stadtteilen waren damit als zwei auch zeitlich deutlich getrennte, jeweils abgeschlossene Arbeitsschritte angelegt.

Als Projektabschluss sollte durch Überprüfung der CO₂-Fußabdrücke das Ergebnis des Projektes ermittelt und in einer Abschlusskampagne kommuniziert werden.

5. Projektverlauf und Projektergebnisse von foot:print

Die Projektarbeit war – dem dargestellten Konzept folgend – durch die professionelle Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte im Projektverlauf geprägt, insbesondere durch die Entwicklung von Projektmaterialien (z.B. für die Ansprache der Zielgruppen, die Vorbereitung der Aktionszeiträume, die Erhebung der CO₂ Fußabdrücke), die Netzwerkarbeit mit lokalen Akteuren, die Ansprache der Zielgruppen, die Präsenz in den ausgewählten Stadtteilen (z.B. durch Klimasprechstunde, thematische Informationsveranstaltungen, Präsenz auf Stadtteilstesten,...) sowie die Durchführung der Beratungen selbst.

Die verschiedenen Projektaufgaben wurden durch die Kooperation zwischen spezialisierten MitarbeiterInnen aus dem Team von energiekonsens sowie durch die flexible Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, die über spezialisierte Kompetenzen in der Klimakommunikation bzw. der Betreuung von Angeboten verfügen: Die gemeinnützige „Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH“ (WaBeQ) hat die Beratung der Mieterhaushalte und die Verbraucherzentrale Bremen die Beratung der HausbesitzerInnen durchgeführt; die Auswertung der CO₂-Fußabdrücke wurde von der BEKS EnergieEffizienz GmbH durchgeführt. Zusätzlich haben der Verein „Kultur vor Ort“, der Zusammenschluss „Gröpelingen Marketing“, das Ortsamt West und Bremer Aufbau-Bank (BAB) als weitere Partner das Projekt begleitet und die Vernetzung in den Stadtteilen unterstützt.. Für die Koordination der Projektarbeit und die Präsenz in den temporären Klimabüros stand für die Projektlaufzeit eine halbe Stelle zur Verfügung.

Für die Teilnahme konnten insgesamt 16 in den Projektgebieten ansässige kleiner und mittlere Unternehmen sowie 32 Privathaushalte (14 Haushalte mit Mietverhältnissen in Mehrfamilienhäusern, 18 Haushalte mit Eigentum an selbstgenutzten Ein- bzw. Zweifamilienhäusern). Mit diesen ProjektteilnehmerInnen wurde in den Beratungen und Ermittlungen der CO₂-Fußabdrücke für die beteiligten Unternehmen ein CO₂-Einsparpotential von 69t und für die beteiligten Privathaushalte (HausbesitzerInnen und MieterInnen) ein CO₂-Einsparpotential von 58t identifiziert (BEKS 2018). Das Projekt hat damit insgesamt nicht die angestrebte Teilnehmerzahl erreicht. Insbesondere konnten faktisch keine lokalen Institutionen für die Mitarbeit gewonnen werden, weil deren interne Entscheidungsprozeduren nicht innerhalb der Projektlaufzeit zu einer Zusage führten, die notwendigen persönlichen Kontakte noch nicht weit genug entwickelt waren oder zu geringe Kapazitäten einer Mitwirkung entgegenstanden.

Als ein weiteres, wichtiges Ergebnis müssen jedoch auch die in den Projektgebieten bereits angebahnten und im Entstehen begriffenen Netzwerke und Vertrauensbeziehungen mit lokalen Einrichtungen und gesellschaftlichen Akteuren gelten. Diese haben zwar in der Projektlaufzeit noch nicht zu der angestrebten verbindlichen Beteiligung dieser Akteure am Projekt und zu der angestrebten kommunikativen Präsenz des Themas Klimaschutz in den Projektgebieten geführt, jedoch erkennbar eine positive Resonanz auf die Projektarbeit gezeigt.

TeilnehmerInnen mit migrantischem Hintergrund konnten nicht in einem ihrem Anteil an den Einwohnern der Quartiere entsprechendem Umfang gewonnen werden. Die Erfahrung der Projektarbeit bestätigt hier die Befunde anderer Studien (Nies et.al 2015), dass die Ansprache dieser Zielgruppe durch längere, persönliche Kommunikation und über MultiplikatorInnen erfolgen muss, was insgesamt eine längerfristig angelegte und durch Kontinuität geprägte Netzwerkarbeit erfordert. Auch Institutionen konnten – insbesondere aufgrund ihrer eigenen, internen Entscheidungswege und knappen (Zeit)Ressourcen – faktisch nicht zur Mitwirkung bewegt werden. Hier ist ebenfalls eine längerfristige Orientierung der Aktivitäten erforderlich; außerdem ist die Verbindung von Energiethemen mit anderen Themen, die entweder auf die Handlungsrationalität der Institutionen oder aber auf ihren inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt zielen, notwendig.

Ein Element der Begleitstudie, dass auch der direkten Rückkoppelung mit der Projektarbeit in foot:print diente, war die Befragung aller ProjektteilnehmerInnen in einer quantitativen **Fragebogen-gestützten Erhebung durch die Hochschule Bremen**. Die Befragung wurde in zwei Wellen nach Abschluss der Energieberatung in den beiden Projektgebieten im Sommer 2017 und im Frühjahr 2018 durchgeführt. Inhaltlich wurden die Motivation der ProjektteilnehmerInnen zur Projektteilnahme, ihr Zugang zum Projekt, die Bewertung der eingesetzten Projektmethoden durch die ProjektteilnehmerInnen sowie die Umsetzung der in der Beratung aufgezeigten Energiesparmöglichkeiten angesprochen. Die Befragung wurde auf Deutsch und auf Türkisch durchgeführt. Alle ProjektteilnehmerInnen von foot:print wurden von energiekonsens schriftlich und telefonisch auf die Befragung hingewiesen und um Teilnahme gebeten, die Befragung wurde in der ersten Welle durch Aufsuchen der ProjektteilnehmerInnen nach Terminabsprachen, durchgeführt von studentischen MitarbeiterInnen der Hochschule Bremen, und in der zweiten Welle durch Übersendung des Fragebogens per Email oder Post mit frankiertem Rückumschlag durchgeführt.

energie konsens **foot:print** **DBU**

foot:print proje ile ilgili tecrübeniz

Foot:print adında bir projeye katılıyorsunuz. Bu araştırmada katılımcıların proje hakkında ne düşündüklerini ve değiştirebileceğimiz alanlar olup olmadığını bilmek istiyoruz.

Siziml araştırmanın alanlarına geliniz:

1. Hangil ilçede yaşıyor veya çalışıyorsunuz? Lütfen sadece bir tane seçeneğ

Gröpelingen
Walle

2. Projeje nasıl katılıyorsunuz? Lütfen sadece bir tane seçeneğ

Kiracı olarak
Ev sahibi olarak
İş veren olarak
Kamu tesisi olarak

1

Von den 48 ProjektteilnehmerInnen von foot:print haben nach mehrfacher Erinnerung 32 an der Befragung teilgenommen. Die geringe Teilnehmerzahl (aber auch schon die Grundgesamtheit) erlaubt keine valide statistische Auswertung, sondern lediglich eine deskriptive Beschreibung der Rückmeldungen der ProjektteilnehmerInnen zum Projekt. In der Projektarbeit wurden diese Rückmeldungen genutzt, um Hinweise oder Bewertungen

in persönlicher Kommunikation nach zu besprechen und sich erläutern zu lassen¹⁵. Insgesamt ist die Befragung also sowohl in die direkte Kommunikation zwischen Begleitforschung und Projektteam als auch in die Kommunikation mit den TeilnehmerInnen eingebunden gewesen. Ihre – quantitativ wenig aussagekräftigen - Ergebnisse sind damit Element einer qualitativen Herangehensweise geworden.

Im Ergebnis zeigt sich, dass sich alle ProjektteilnehmerInnen mit dem Thema Energie auseinandergesetzt haben und sich der Energiekosten genauso wie der Umweltprobleme bewusst sind. Die Verringerung dieser Kosten ist der wesentliche Motivator für die Projektteilnahme – es besteht aber auch ausgeprägtes grundsätzliches Interesse am Thema Klimaschutz. Der als Aufhänger für foot:print genutzte CO₂-Fußabdruck wurde von den TeilnehmerInnen ausdrücklich als interessanter Aufhänger wahrgenommen. Bei den Motiven sind keine Unterschiede zwischen TeilnehmerInnen deutscher oder migrantischer Herkunft zu erkennen. Eine Besonderheit ist: TeilnehmerInnen, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, haben trotz vorwiegend sehr guter Deutschkenntnisse Schwierigkeiten mit Deutsch als Fachsprache und in schriftlichen Fachinformationen angegeben. Sie nutzen zudem vorwiegend auch keine deutschen Medien. Viele TeilnehmerInnen gaben ausdrücklich an, dass die Kommunikation im und über den Stadtteil für sie eine Relevanz besitzt, was als Bestätigung für die dem Projekt zugrunde liegenden Prämissen gesehen werden kann.

Die Qualität der Beratung wurde von den TeilnehmerInnen in allen Aspekten als sehr gut bewertet. Mit Blick auf die Vielfalt der eingesetzten Projektelemente wurde deutlich, dass starkes Interesse an den aufsuchenden, persönlich beratenden Projektelementen (z.B. Beratungsgespräche) bestand, wenig jedoch an öffentlichen und termingebundenen Elementen. Besonders ausgeprägt ist diese Haltung vor dem Hintergrund von Geschäftsöffnungszeiten bei den teilnehmenden UnternehmerInnen. Aus der Sicht der TeilnehmerInnen hat die Präsenz der Klimaberatung in einem Ladenlokal im Quartier als Projektelement keine besondere Bedeutung gehabt; für die Projektarbeit selbst hat die örtliche Nähe zum Projektgebiet dagegen insbesondere bei der direkten Kommunikation und der Vernetzungsarbeit eine erhebliche praktische Bedeutung.

Von den vorgeschlagenen Maßnahmen wurden vorwiegend low-cost-Maßnahmen (Beschaffung energieeffizienterer Geräte, Anwendung von Tipps, Verhaltensänderungen) umgesetzt; für teurere investive Maßnahmen wurden die Kosten als zentrales Hindernis für die Umsetzung bewertet, obwohl ihr Nutzen und auch ihre grundsätzliche Notwendigkeit anerkannt werden. Gleichwohl hat eine kleinere Zahl der ProjektteilnehmerInnen (vorwiegend HausbesitzerInnen) angegeben, eine Förderung von Maßnahmen der energetischen Sanierung beantragen zu wollen.

6. Befunde der Begleitforschung: Diskussion und Handlungsempfehlungen

Die vorliegende Begleitstudie zum Klimaberatungs- und Kommunikationsprojekt foot:print verfolgt das Ziel, die Erfahrungen des konkreten Projektes für Lernprozesse in der konzeptionellen und auch organisatorischen Anlage integrativer, quartierbezogener Ansätze der Klimaschutzberatung und Klimakommunikation zu nutzen. Diese

¹⁵Obwohl die Befragung anonym angelegt war, haben die Befragten ihre ausgefüllten Fragebögen z.T. bewusst namentlich gekennzeichnet.

Schwerpunktsetzung berücksichtigt die praktischen wie konzeptionellen Entwicklungen in mehreren Bereichen, aus denen sich zunehmend Schnittstellen ableiten lassen:

- die kommunale Klimapolitik, die strategisch stärker und konsequenter auf die Stadtentwicklung ausgerichtet sein muss, um zum einen ihre Wirksamkeit zu erhöhen und zum anderen Zielkonflikte zu bearbeiten;
- den Teilbereich der „Wärmewende“, der sich zunehmend als „energetische Stadtsanierung“ institutionalisiert und eine ausdifferenzierte Fachlichkeit entwickelt, in der gebäudeübergreifende Konzepte eine bedeutende Rolle spielen;
- die sozialraumbezogene Quartiersentwicklung, die insbesondere in sozial schwachen Stadtteilen kleinräumig die Lebensqualität von BewohnerInnen durch die Stärkung von Netzwerken und die Bildung von Sozialkapital verbessern will;
- sowie die Stadtentwicklungspolitik, die u.a. Prozessen der sozialen Segregation durch städtebauliche Sanierungsprojekte begegnen will.

Inhaltlicher Bezugspunkt für die Diskussion um die angemessene Verbindung von Klimaschutz und Integrierter Stadtentwicklungspolitik sind deshalb die Anforderungen, die sich in diesen Bereichen entwickelt haben. Die klimapolitische Aufgabe besteht darin, auch durch planerische Mittel bis 2050 – also in den nächsten 30 Jahren – zu einem klimaneutralen Gebäudebestand beizutragen und Beiträge zur Verwirklichung der Vision einer CO₂-neutralen, energie- und ressourceneffizienten Stadt der Zukunft zu entwickeln. Gebäudesanierungen und Wohnungsbau müssen deshalb bereits jetzt als Chance genutzt werden, um gemessen am Ziel der Klimaneutralität zukunftsfähige Lösungen zu schaffen. Dies erfordert aber auch Anstrengungen, den Zielkonflikt zwischen Klimaschutzinvestitionen und sozialen Zielen wie der Mietpreisstabilität zu verringern, sowie das Wissen auch über individuelle Handlungsmöglichkeiten in allen Bevölkerungsgruppen zu verbreitern. Besondere Überschneidungen können mit der Quartiersentwicklung entwickelt werden. Diese zielt u.a. auf die Stärkung sozial benachteiligter Gebiete durch die Stärkung sozialer Beziehungen, die Vernetzung lokaler Akteure, die Entwicklung von Identifikation und die Verwirklichung gemeinsamer Projekte. Entsprechend stellt die langfristige Entwicklung der Kommunikation von Projekten mit den Zielgruppen und zwischen ihnen eine Daueraufgabe dar. Eine Herausforderung besteht hier also darin, Klimaschutz auch in die Arbeit von Projekten und Netzwerken zu integrieren, deren Priorität auf der sozialen Entwicklung liegt, für die es ihnen in der Regel bereits an Ressourcen mangelt. In Hinblick auf die Erfordernisse der energetischen Stadtsanierung im Gebäudebestand weisen ärmere Quartiere einerseits aufgrund des durchschnittlich schlechteren Zustandes besonders hohe Potentiale für Verbesserungen auf, andererseits stellen die fehlende Finanzkraft und mögliche soziale Folgen der Kosten besonders starke Restriktionen dar. Eine Aufgabe ist es, Institutionen zu entwickeln, die auf der Ebene von Quartieren gebietsbezogene Vorhaben konzipieren und lokale Unterstützung für ihre Umsetzung organisieren.

Das Projekt foot:print der Bremer Klimaschutzagentur energiekonsens zielte explizit auf die Anpassung und die Weiterentwicklung des bestehenden Instrumentariums der Klimaberatung auf die Anforderungen der Arbeit in benachteiligten Stadtteilen Bremens, die aufgrund ihrer Problemlagen auch Gegenstand der Stadtentwicklungspolitik sind. Das Projekt ist deshalb ausdrücklich auch als Versuch zu sehen, experimentell Klimaschutz und Sozialraumentwicklung miteinander zu verbinden.

Operativ hat das Projekt das Ziel verfolgt, für 100 Unternehmen, lokale öffentliche Institutionen sowie (MieterInnen- wie HausbesitzerInnen-) Haushalte in den Stadtteilen Gröpelingen und Walle CO₂ Fußabdrücke zu ermitteln und Einsparpotentiale durch

gezielte Beratung zu kommunizieren. Durch die örtliche Gleichzeitigkeit der Kommunikation über verschiedene Orte und Zugänge sollte Klimaschutz als Gegenstand in die Lebenswelt der Quartiere transportiert werden. Dieses quantifizierbare operative Ziel wurde in mehrfacher Hinsicht nicht vollständig erreicht: Zum einen konnte die angestrebte Zahl der ProjektteilnehmerInnen aus den verschiedenen Gruppen nur etwa zur Hälfte erzielt werden, zum anderen konnte Klimaschutz nicht über verschiedene Kommunikationswege zu einem Gegenstand dichter Kommunikation in den Quartieren gemacht werden. Insbesondere konnten praktisch keine relevanten lokalen öffentlichen Institutionen für die Mitwirkung gewonnen werden, weil diesen entweder die dafür notwendigen Kapazitäten fehlten oder die notwendigen internen Abstimmungsverfahren zu lange dauerten. Ebenso wurde nur ein unterdurchschnittlicher Anteil von ProjektteilnehmerInnen mit Einwanderungshintergrund erreicht, obwohl diese Zielgruppe ausdrücklich angesprochen werden sollte. Festzuhalten ist jedoch auch, dass die eingesetzten Instrumente der Klimaberatung in den Projektgebieten professionell umgesetzt wurden, innovative Formen der Klimakommunikation erprobt, quantifizierbare CO₂-Einsparpotentiale ermittelt wurden und die Informationen für die mitwirkenden ProjektteilnehmerInnen auch relevant waren.

Die zentrale Erfahrungen aus der Arbeit in foot:print – in Übereinstimmung mit Befunden aus ähnlichen Projekten - ist, dass für Klimaschutzakteure die Kommunikation mit Schlüsselakteuren in den Quartieren, die Entwicklung von Arbeitsbeziehungen mit lokalen öffentlichen Einrichtungen und der Aufbau von Kontakten zu Netzwerken migrantischer Communities mehr Zeit erfordert, als das konkrete, an eine Drittmittel-geförderte Laufzeit gebundene Projekt zur Verfügung hatte.

Hinsichtlich des konzeptionellen Projektansatzes ist festzustellen, dass insbesondere der Stadtteil Gröpelingen aufgrund seiner Sozialstruktur, des durchschnittlichen Standards des Gebäude- und Wohnungsbestandes und der Bedeutung von Energiekosten für die BewohnerInnen sich grundsätzlich besonders eignet, um Klimaschutz und Klimaberatung mit Integrierter Stadtentwicklung in sozial benachteiligten Stadtteilen zu verbinden. Gleichzeitig jedoch ist die Umsetzung dieser Ansätze – wie angesprochen – nur in Kooperation mit lokalen öffentlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Schlüsselakteuren möglich, die zum einen notwendigerweise andere Prioritäten haben und zum anderen für die Zusammenarbeit Kapazitäten benötigen, die in sozial benachteiligten Stadtteilen und in einem Haushaltsnotlageland nicht als gegeben vorausgesetzt werden können.

Festzuhalten ist allerdings auch, dass der durchschnittliche Verbrauch natürlicher Ressourcen je Einwohner in diesem Stadtteil - also auch die Erzeugung von CO₂ durch individuellen Konsum – deutlich unter dem Durchschnitt in der Stadt Bremen liegen dürfte, wie die Indikatoren wie Wohnfläche je Einwohner, PKW-Besitz und Verkehrsmittelwahl andeuten. Eine Problemwahrnehmung, die für diesen Stadtteil bzw. benachteiligte Stadtteile im allgemeinen grundsätzlich von einem besonders hohen ökologischen Handlungsdruck und von einer schlechten Ausgangssituation in Hinblick auf Nachhaltigkeitsdimensionen ausgeht, wäre also eine unangemessene Zuschreibung, die vorhandene Stereotype verlängert. Projektansätze hätten diese Problematik nicht nur in der Zusammenarbeit mit potentiellen lokalen Partnern zu beachten, sondern grundsätzlich auch bei der Priorisierung von Projektzielen und -gebieten regelmäßig vergleichend zu reflektieren.

Vor diesem Hintergrund lassen sich für die Weiterentwicklung einer quartierorientierten Klimaberatung in sozial benachteiligten Stadtgebieten in Bremen die folgenden Schlüsse ableiten:

1. Projekte des quartierbezogenen oder zielgruppenbezogenen Klimaschutzes müssen eng mit den in konkreten Quartieren (respektive Zielgruppen) bestehenden Institutionen und maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren entwickelt werden. Sie müssen deren Kapazitäten, Zeithorizonte und Bedarfe berücksichtigen und mit ihnen Partnerschaften entwickeln, die auch die Prioritäten und Handlungsrationitäten dieser Akteure einbeziehen. Die Entwicklung dieser Partnerschaften benötigt Zeit und muss konkreten umsetzungsorientierten Projektaktivitäten ggfs. als eigenständiges, mehrjähriges Vorhaben vorgeschaltet sein.
2. Klimaschutzvorhaben mit Bezug auf bestehende Quartiere sind strategisch durch die Stadt als Element einer langfristigen, nachhaltigkeitsorientierten Stadtentwicklungspolitik anzulegen bzw. in diese zu integrieren. Ziel muss *erstens* für Bremen die stimmige Entwicklung einer geschlossenen „Verantwortungskette“ klimapolitischer Ziele von der städtischen Ebene bis zu den kleinräumig arbeitenden Projekten und Partnerschaften sein; *zweitens* die enge Verbindung zwischen sozialpolitischen und sozialraumbezogenen Ansätzen, Stadtsanierung und Klima- und Ressourcenschutz.
3. Die Auswahl von Quartieren für Projekte des quartierbezogenen Klimaschutzes muss – wie im vorliegenden Fall gegeben - konsequent in Übereinstimmung mit städtischen Entwicklungszielen und –programmen erfolgen, um Synergien zu ermöglichen und die Integration verschiedener Ziele zu fördern.
4. Die Stadt muss Projekte entwickeln, mit denen Datengrundlagen über den baulichen Zustand, die Energieverbräuche, ggfs. auch die Nutzung des Gebäudebestandes in möglichen Projektgebieten geschaffen werden¹⁶, die dann für konkrete gebietsbezogene Projekte genutzt werden können und für entsprechende Partnerschaften zugänglich sind.
5. Es besteht ein Bedarf an städtischen Instrumenten, die Projekten des quartierbezogenen Klimaschutzes als Element der integrierten Stadtentwicklungspolitik einen verlässlichen, auch längerfristig tragfähigen Rahmen bieten, der Ziele und zusätzliche Ressourcen definiert und damit für Akteure in Quartieren Anreize formuliert, sich an entsprechenden Partnerschaften verlässlich zu beteiligen. Zu empfehlen wäre eine zusätzliche (freiwillige) Förderkomponente für die bestehenden WIN-Gebiete bzw. WIN-Projekte oder sogar eine an dieses Vorbild angelehnte, ggfs. auch anderen als WIN-Gebieten zugängliche eigenständige Förderkomponente des „Klimaschutzes in Nachbarschaften“ (KIN) bzw. der „Nachhaltigkeit in Nachbarschaften“ (NIN).
6. Bremen kann und sollte vorhandene Instrumente der gebietsbezogenen Stadtentwicklung konsequent nutzen, um die Verbindung von Klimaschutz, sozialer Entwicklung und Stadtsanierung zu entwickeln. Zu nennen sind insbesondere das KfW-Förderprogramm 432 „energetische Stadtsanierung“ sowie die Ausweisung von Sanierungsgebieten (nach §§ 136 ff BauGB).
7. Bremen benötigt ein die hier entwickelten Ansätze berücksichtigendes Modellvorhaben, in dem ambitionierte Ansätze des quartiersbezogenen Klimaschutzes als Element der integrierten Stadtentwicklungspolitik umgesetzt und entsprechende Partnerschaften und Netzwerke gefördert werden, damit ein überzeugendes Anschauungsobjekt geschaffen wird, das auf andere Gebiete und Akteure ausstrahlt.

¹⁶Zum Zeitpunkt der Beendigung des Projektes foot:print befindet sich ein Projekt mit dieser Zielrichtung in Bremen in der Vorbereitung.

7. Literatur:

BEKS Energieeffizienz GmbH (2018): Kurzbericht Auswertung CO₂-foot:print. Unveröffentlichter Projektbericht. Bremen.

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT (2017): Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP: Sanierung von Schulen und Schulsporthallen - Verhinderungsplanung durch energetische Standards? Drucksache 19/511 S vom 30.05.2017 (Stadtbürgerschaft)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) (2015): Zukunftsstadt. Strategische Forschungs- und Innovationsagenda. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2017a): Energetische Stadtsanierung in der Praxis I. Grundlagen zum KfW-Programm 432. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2017b): Energetische Stadtsanierung in der Praxis II Erste Ergebnisse der Begleitforschung und gute Beispiele. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2017c): Energetische Stadtsanierung in der Praxis III Erste Ergebnisse der Begleitforschung und gute Beispiele. Berlin.

Bulkeley, Harriet; Betsill, Michelle (2013): Revisiting the urban politics of climate change, *Environmental Politics*, 22-1, 136-154

Bulkeley, Harriet; Kern, Kristine (2006): Local government and the governing of climate change in Germany and the UK, *Urban Studies*, 43-12, 2237-2259

CO₂ Online (2018): Heizspiegel 2018.

<https://www.co2online.de/service/news/beitrag/heizspiegel-2018-veroeffentlicht-heizen-mit-heizoel-wird-wieder-teurer-17063/> (Zugriff am 10.10.2018)

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (SUBVE) (HRSG.) (2009): Bremen! Lebenswert – urban – vernetzt. Leitbild der Stadtentwicklung 2020. Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (SUBV) (2013): Wohnen in Nachbarschaften (WiN). Stadtteile für die Zukunft entwickeln 1998 – 2012. Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (SUBV) (2014a): Vorlage für die Sitzung des Senats am 8. April 2014 Managementsystem European Energy Award - Re-Zertifizierung Bremens für Auszeichnung in Gold. Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (SUBV) (2014b): Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen. Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (SUBV) (2014c): Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025. Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (SUBV) (2015): Integriertes Entwicklungskonzept Walle. Bremen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (SUBV) (2016): Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms (KEP) 2020 . Anlage C: Maßnahmenkatalog. Entwurf (Stand: 27. Januar 2016)

Deutscher Städtetag (DST) (2011): Klimagerechte und energieeffiziente Stadtentwicklung. Positionspapier der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages. Berlin.

Energieagentur NRW (2011): 100 Klimaschutzsiedlungen in Nordrhein-Westfalen. Programmflyer. Düsseldorf.

Energiekonsens (2016): foot:print. 100 CO₂-Fußabdrücke für ein Quartier im Bremer Westen. Projektskizze. Bremen.

Freie Hansestadt Bremen (2014): Das projektorientierte Handlungsprogramm für den Bremer Westen. Bremen.

Helbig, Marcel; Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. No. P 2018-001. WZB Discussion Paper, 2018.

Hodson, Mike; Marvin, Simon, (2010): Can cities shape socio-technical transitions and how would we know if they were? In: Research Policy, Volume 39, Issue 4, May 2010, Pages 477–485

Holtmann, Everhard; Rademacher, Christian; Reiser, Marion (2017): Gespaltene Städte, schwindender sozialer Zusammenhalt – eine Herausforderung für Kommunalpolitik. In: Kommunalpolitik. Springer VS, Wiesbaden: 63-84.

Hunecke, Marcel; Toprak, Ahmet (Hrsg): Empowerment von Migrant_innen zum Klimaschutz – Konzepte, empirische Befunde und Handlungsempfehlungen. Oekom-Verlag. München, 2014.

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (NMSGG) (Hrsg.) (2014): Klimaschutz in der Siedlungsentwicklung – Ein Handbuch. Hannover.

Nies, Martina; Kunkis, Michael; Hunecke, Marcel; Schietinger, Esther; Stieß, Immanuel; Waskow, Frank (2015): Empowerment von MigrantInnen und Geringverdienenden zum Umwelt und Klimaschutz. Ein Leitfaden für die Gestaltung aktivierender Maßnahmen. Frankfurt am Main / Dortmund.

Riechel, Robert (2016) : Zwischen Gebäude und Gesamtstadt: das Quartier als Handlungsraum in der lokalen Wärmewende, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 85, Issue 4, pp. 89-101

Riechel, Robert; Koritkowski, Sven; Libbe, Jens; Koziol, Matthias (2016): Wärmewende im Quartier. Hemmnisse bei der Umsetzung am Beispiel energetischer Quartierskonzepte. Difu-Papers. Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.

[Rohrig](#), Kurt; [Hoffmann](#), Clemens; [Gerhardt](#), Norman; [Schmidt](#), Dietrich; [Schumacher](#), Patrick; [Henning](#), Hans-Martin; [Palzer](#), Andreas; [Lechtenböhrer](#), Stefan (2016): Wirtschaftliche und technische Aspekte der Dekarbonisierung des Wärmesektors In: Forschung für die Wärmewende : Jahrestagung 2015 ; 3. und 4. November 2015, Konferenzband, Berlin: 27-31, URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:wup4-opus-63534> (Zugriff am 12.02.2019)

Schnur, Olaf (2014): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: ders. (Hrsg.): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis, 21–58.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Landesorganisation Bremen), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Landesverband Bremen) (SPD/Grüne) (2011): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 – 2015. Bremen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Landesorganisation Bremen), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Landesverband Bremen) (SPD/Grüne) (2015): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 – 2019. Bremen.

Stockmann, Reinhard (2002): Qualitätsmanagement und Evaluation - konkurrierende oder sich ergänzende Konzepte? (CEval-Arbeitspapier, 3). Saarbrücken: Universität des Saarlandes, Fak. 05 Empirische Humanwissenschaften, CEval - Centrum für Evaluation.

Stockmann, Reinhard (2004): Was ist eine gute Evaluation? Einführung zu Funktionen und Methoden von Evaluationsverfahren (CEval-Arbeitspapier, 9). Saarbrücken: Universität des Saarlandes, Fak. 05 Empirische Humanwissenschaften, CEval - Centrum für Evaluation.

8. Quellennachweise der Abbildungen

Abbildung 1: Lage Gröpelingens: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%B6pelingen>
(Zugriff am 19.10.2018)

Abbildung 2: Lage von Walle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bremen_43_Walle.svg
(Zugriff am 19.10.2018)